

SYSTEMRELEVANT 174

Wird 2024 ein Krisenjahr? Kompromisse im Bundeshaushalt, höhere Abgaben, zu wenig Investitionen, Unsicherheiten – Sebastian Dullien (IMK) beschreibt die wirtschaftlichen Herausforderungen für das Jahr 2024.

Marco Herack:

Heute ist Freitag, der 5. Januar 2024. Willkommen zur 174. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und du bist Prognostiker des Jahres 2023. Laut Spiegel.

Sebastian Dullien:

Ja also jetzt muss ich erstmal sagen, der Spiegel hat nicht geschrieben Sebastian Dullien ist das, sondern er hat den Titel dem IMK-Konjunktur Team, unter der Leitung von Sebastian Dullien gegeben. Ich glaube das ist ganz wichtig das erstmal auch zu sagen, denn tatsächlich: Ich arbeite immer mit an der Prognose, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das machen, die packen da mehr Zeit und mehr Arbeit rein. Weil das sind ja eine Handvoll Leute, die wirklich ihre Teilbereiche das ganze Jahr über eng beobachten und ich mache ja ganz andere Dinge wie Podcasts und andere Themen. Ich bin ja gar nicht ganz so eng drin aber klar, ich mache das mit denen zusammen und wir haben uns gefreut über diese Auszeichnung.

Marco Herack:

Also herzlichen Glückwunsch an das IMK und natürlich an unsere Hörerinnen und Hörer: Frohes Neues. Auch das soll gewünscht sein. Und in dem Sinne dann auch gleich vorweg, wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X dem ehemaligen Twitter antickern, @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in der Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2024 unterhalten. Das ist jetzt das dritte Mal, dass wir das tun. Immer als erste Folge des Jahres. Ich habe es nachgeguckt. Also das ist jetzt eine Tradition, Sebastian. Ich gratuliere dir. Das musst Du jetzt den Rest deines Lebens machen mit mir.

Sebastian Dullien:

Ja, mal sehen, ob wir das IMK noch so lange machen werden. Aber nee, das ist ja bei uns eine Publikation, die auch schon unter meinem Vorgänger eingeführt worden ist, wo einmal zu Beginn des Jahres quasi so gesagt wird, was ist eigentlich jetzt wirtschaftspolitisch wichtig. Und klar, den Podcast gibt nicht ganz so lange wie die Publikation, aber von daher macht es auch Sinn und ist vernünftig, einmal am Anfang des Jahres darüber zu reden.

Marco Herack:

Ist ja auch viel angenehmer als einer dieser vielen Jahresrückblicke, mit dem man da so ab Anfang Dezember oder teilweise Ende November schon geballert wird, weil die Zukunft uns, glaube ich, in Sachen Wirtschaftspolitik, dieses Jahr besonders quälen wird. So zumindest mein Gefühl. Aber lass uns doch, bevor wir dazu kommen, dann doch nochmal ganz kurz zurückblicken, wie es in 2023 gelaufen ist, soweit man das schon sagen kann. Wir wissen ja, die BIP-Prognosen, die werden dann noch bis in alle Ewigkeit nachkorrigiert und schwanken dann noch ein klein wenig. Aber das war ja in 2023 jetzt auch nicht unbedingt das beste Jahr.

Sebastian Dullien:

Nee. Also insgesamt ist die Wirtschaft in Deutschland leicht geschrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt, was wir ja benutzen, um die Wirtschaft größer zu messen. Das ist um 0,3 Prozent gefallen. Und das ist vor allem gefallen, weil die privaten Haushalte weniger Geld ausgegeben haben. Also die haben weniger konsumiert und dann sind die Bauinvestitionen gefallen. Wir haben da, glaube ich, schon mal drüber geredet, höhere Zinsen, gestiegene Baukosten und die Menschen bauen einfach weniger Wohnungen.

Und das sieht man da in den Zahlen. Die Exporte sind schlecht gelaufen und das hat dann eben dieses Ergebnis gebracht. Man hätte jetzt sagen können, es hätte noch deutlich schlimmer kommen können. Also wir haben übrigens auch genau 0,3 Prozent Minus vorhergesagt, weil du eben von dem Prognostiker des Jahres geredet hast. Also vor einem Jahr haben wir gesagt, die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2023 um 0,3 Prozent schrumpfen. Und wir haben auch gesagt, der Konsum wird schwach sein. Wir haben gesagt, die Bauinvestitionen werden schwach sein. Die Gesamtinvestitionen nicht ganz so und die Exporte werden schwach laufen. Und diese Gemengelage hat sich dann auch so materialisiert. Warum hätte es schlimmer sein können? Wir erinnern uns mal ganz kurz, das ist noch immer die deutsche Wirtschaft, die in diesem massiven Energie- und Nahrungsmittelpreisschock, nach der russischen Invasion in die Ukraine, steckt.

Klar, die Preise sind 2022 gestiegen, aber sie waren eben 2023 auch massiv überhöht. Dass es nicht schlimmer gekommen ist, damit zu tun, dass die Regierung relativ entschieden da eingegriffen hat. Auch mit den Preisbremsen für Erdgas und

Fernwärme und Strom und damit eben Schlimmeres verhindern hat. Und damit sind wir dann am Ende bei diesen minus 0,3 Prozent gelandet in 2023.

Marco Herack:

Ist das in dem Sinne dann ein gutes Ergebnis? Also auch wenn da ein Minus davorsteht, überall Zessionen geschrien wird, aber so mit den Problemen, die dahinterstanden, ist das doch fast schon okay.

Sebastian Dullien:

Also ich würde auch sagen, angesichts der Situation des riesigen Schocks, der da gekommen ist, ist die deutsche Wirtschaft da relativ gut mit weggekommen und das ist auch ein Verdienst dieser Bundesregierung. Ich finde, es ist auch mal wichtig, das zu sagen, denn im Moment wird ja sehr viel Ampel-Bashing betrieben. Da kommen wir wahrscheinlich gleich auch nochmal zu und werden das wahrscheinlich dann auch für 2024 tun müssen. Aber ich muss einfach mal sagen: Die Krisenpolitik der Ampelregierung nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und nach dem Beginn des Angriffskriegs, die läuft immer noch weiter, das ist eigentlich ziemlich gut gelaufen.

Marco Herack:

Okay, das heißt also, wir haben diesen Preisschock mehr oder weniger abfedern können. Ich würde gerne über was anderes reden, aber ich glaube am Anfang kann man schon den Elefanten im Raum abräumen. Im November gab es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das hat gesagt, also was ihr da mit dem Bundeshaushalt und den Nachtragshaushalten treibt: So nicht in Ordnung, müsst ihr alles ändern. Und das wird ein, glaube ich, sehr prägendem Einfluss auf das Jahr 2024 jetzt haben.

Sebastian Dullien:

Ja und wahrscheinlich darüber hinaus. Also was ist da im November passiert? Der Hintergrund ist, dass die Bundesregierung sich, als sie Koalitionsverhandlungen gemacht hat, also noch keine Regierung war, haben sich die Ampelpartner überlegt, wie sie formal zur Normallage bei der Schuldenbremse zurückkehren könnten, möglichst schnell, aber gleichzeitig noch relativ viel Geld leihen können, um die Ausgabenanforderungen, die sie für eine Modernisierung der Volkswirtschaft und für die Dekarbonisierung gesehen haben, um den nachzukommen. Und haben sich dann eine Konstruktion ausgedacht, von der sie dachten und von der auch der langjährige Staatssekretär Gatzer, Werner Gatzer, der solche Dinge unter mehreren Finanzministern aller möglichen Parteien verantwortet hat, wo der gesagt hat, es geht so in Ordnung, dann hat sich was überlegt, wie sie das machen können.

Und das Verfassungsgericht hat jetzt gesagt, so wie ihr euch das da vorgestellt habt, geht das nicht und hat eben rückwirkend das alles für nichtig erklärt. Und das

Problem ist, dass damit jetzt einerseits für 2024 bestimmte Dinge nicht mehr machbar waren, aber eben auch darüber hinaus. Also es geht um 60 Milliarden an Kreditermächtigung, die in diesem Klima- und Transformationsfonds gepackt worden waren. Es hat sich danach auch herausgestellt, es geht auch um Kreditermächtigungen, die man für die Preisbremsen bei Erdgas, Fernwärme und Strom vorgesehen hatte und noch Anfang 2024 ausgeben wollte.

Das geht auch damit so nicht mehr und von daher war jetzt die Regierung vor die Wahl gestellt, ob sie an allen möglichen Stellen anfängt zu kürzen und zu streichen oder ob sie nochmal die Notsituation erklärt. Und aus verschiedenen Gründen hat man sich jetzt dazu entschieden, einen ganz merkwürdigen Kompromiss bei dieser Notsituation zu machen. Da irgendwie wegen des Ahr-Hochwassers nochmal die Notsituation zu erklären, aber nicht wegen des Energiepreisschocks durch die Ukraine-Krise, was ich absolut nicht nachvollziehen kann, warum man das in der Form machen würde.

Also ich kann wiedergeben, was das Argument ist der Bundesregierung, aber ich finde es nicht plausibel. Das Ergebnis ist, dass jetzt eine ganze Reihe von Abgaben erhöht, werden zum 1.1.2024 oder erhöht worden sind oder in den nächsten Monaten noch erhöht werden, dass ein paar Ausgaben gekürzt worden sind und vor allem, dass diese Planungssicherheit aus den nächsten Jahren rausgenommen worden ist, weil es eigentlich gesagt wurde, da werden die Dekarbonisierungsprogramme durchfinanziert und die sind jetzt plötzlich weggefallen und stehen auf der Kippe und stehen all und dann Finanzierungsvorbehalt. Und das ist natürlich ein Problem, weil es Unsicherheit schürt und damit bremst dieser Haushalt jetzt die Wirtschaft gleich doppelt. Einmal weil weniger ausgegeben wird vom Staat und weil es eben Unsicherheit geschaffen hat.

Marco Herack:

Scheinbar aber auch, wenn man jetzt gerade nun heute guckt, also gestern Abend war wohl Robert Habeck auf irgendeinem Schiff, wollte nach Hause, hatte Urlaub und er stand dann irgendwie 100 Bauern und wollte das Schiff entern. Also ich umschreib's mal mit 'aufgeregter Lage'. Also das deutet ja schon darauf hin, dass wir in der Folge jetzt auch vor starken Verteilungskämpfen stehen könnten, die nicht immer mit ruhigem Gemüt geführt werden.

Sebastian Dullien:

Das ist das Absurde. Eigentlich hätten wir ökonomisch sehr viel Raum, ein bisschen Kredit aufzunehmen, deutlich mehr aufzunehmen als wir es zurzeit tun. Und das dürfen wir jetzt nicht wegen der Schuldenbremse und insbesondere, sagen wir aus einer Kombination: Einmal wegen der Schuldenbremse, dann wegen der speziellen Interpretation des Verfassungsgerichts der Schuldenbremse und dann dadurch,

dass wir einen Partner in der Regierung haben, der sich da auch relativ vielen Optionen verschließt.

Und aus dem Grund wird jetzt ein Verteilungskampf um relativ kleine Summen geführt. Da kommt jetzt was anderes zu Tage, was vielen Leuten glaube ich nicht klar war. Man redet immer davon, der Staat hat so viele Subventionen, die eigentlich keiner braucht und die schädlich sind und überflüssig und wer weiß was. Und in der Debatte waren wir schon immer aufgefallen, wenn man dann die Leute fragt, welche dieser vielen Subventionen, die ihr da seht, wollt ihr denn gerne abschaffen und findet jetzt richtig, dass die abgeschafft werden. Dann wird es immer schon gleich ganz dünn.

Wenn man in den Subventionsbericht reinguckt, das Kieler Instituts, dann findet man da so Sachen wie Zuschuss zur Kinderbetreuung. Also die staatliche Finanzierung der Kitas wird dann als Subvention betrachtet und klar kann man sagen, das ist eine Subvention. Nur wenn man dann an so was geht und vorschlagen würde, man schafft die ab, dann sieht man gleich schon, wo das Problem ist, denn die hat irgendeinen Sinn. Jetzt bei dem Agrardiesel der Bauern, die ist auch nicht einfach nur ein Geschenk an die Bauern gewesen, sondern die Bauern zahlen eben für den Diesel, den sie für die Landfahrzeuge einsetzen, zahlen sie eben nicht die normalen Steuern. Und das hat damit zu tun, dass es ähnliche Regeln gibt in anderen europäischen Ländern, das wir haben im europäischen Binnenmarkt. Das heißt, damit die Wettbewerbsfähig sind, haben sie diese Entlastung und jetzt kann man fragen, warum haben denn überhaupt alle Bauern so eine Entlastung? Das hat damit zu tun, dass man nicht unbedingt möchte, dass die Nahrungsmittel so teuer sind und man sagt dann, wenn alle Bauern weniger für den Diesel bezahlen, dann sind die Nahrungsmittel günstiger.

Und das heißt, wenn man jetzt anfängt daran rumzukürzen, dann gibt es natürlich ganz viele Leute, die plötzlich betroffen sind. Meine These ist, es gibt bestimmt viele Subventionen, die irgendwie schädlich und unschön sind, aber die sind nicht alle völlig grundlos irgendwann eingeführt worden. Und das Abschaffen schafft einerseits Verteilungskonflikte, wie du eben gesagt hast, aber es schafft eben natürlich auch dann wirtschaftliche Verwerfungen zum Teil.

Marco Herack:

Das IW hat gestern herausgegeben, dass die aktuellen Änderungsmaßnahmen bei der Bundesregierung vor allem die einkommensschwachen Haushalte treffen. Wenn ich da jetzt wieder dran denke, dass nun gerade die am wenigsten Möglichkeit haben, vielleicht auch Rabat auf der Straße zu machen, im Gegensatz zu den Landwirten. Ja, da stellen sich für mich so ein paar ganz schwierige Fragen, wie zum Beispiel im Bundestagswahlkampf hat man auch das Thema Respekt. Wir haben Bettina Kohlrausch hier in der Hans-Böckler-Stiftung, die sehr vehement darauf

hinweist, dass die Verteilungsfragen das eigentliche Problem vieler Wählerinnen und Wähler sind. Also da scheint ja schon mal auf der Ebene nicht der richtige Weg eingeschlagen zu werden von der Politik gerade.

Sebastian Dullien:

Ja, ich mein auch hier haben wir wieder das Problem. Es ist jetzt seit den vergangenen Jahren der Tarif bei der Einkommensteuer verschoben worden und die Freibeträge erhöht worden. Das sind immer Sachen, wovon die am meisten profitieren, die einen hohen Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer schon zahlen, also die relativ viel Einkommensteuer zahlen und im Umkehrschluss dann auch sehr viel Einkommen haben. Das heißt, die sind ziemlich deutlich entlastet worden und man hat aber jetzt überhaupt nicht drüber nachgedacht, dass man vielleicht den Tarif wieder ein bisschen zurückschieben könnte oder man hätte auch den Solidaritätszuschlag erhöhen können, aber das sind alles Sachen, die Christian Lindner und seine FDP kategorisch ausgeschlossen haben.

Und darum blieben jetzt am Ende ein paar Maßnahmen übrig, die eben überproportional die Geringverdienenden oder Mittelverdienenden belasten. Preisbremsen wurden schneller abgeschafft, die Mehrwertsteuer auf Erdgas und Fernwärme springt schneller nach oben. Wir haben eine höhere CO₂-Abgabe, die von Leuten gezahlt wird, die eben recht viel fossil heizen oder mit ihren Autos fahren müssen. Und wenn man sich das anguckt, sind das oft Haushalt in der Mitte der Verteilung, die einen relativ großen Anteil oder die dann besonders belastet werden. Also zum Teil dann auch weiter unten in der Verteilung, aber zum Beispiel, wenn wir über Kraftstoffe reden, die untersten 10 Prozent, die geben praktisch nichts für Kraftstoffe aus, weil die überhaupt kein Auto haben.

Also von daher ist das eher so ein bisschen dann die untere Mittelschicht und die Mittelschicht, die hier belastet wird. Und am oberen Ende geht es dann durch die Verschiebung des Einkommenssteuertarifs oft ein Stück besser. Und ja, ich glaube, das ist ein Problem. Und da kann Bettina wesentlich mehr zu sagen als ich. Ich sehe es auch als politisches Problem. Und ich glaube, es ist auch kein Zufall, dass die Umfrageergebnisse für einige der Ampelparteien dann eben so aussehen, wie sie jetzt aussehen. Denn das ist glaube ich nicht das, was sich die Mittelverdienenden oder die untere Mittelschicht mit Respekt vorgestellt hat.

Marco Herack:

Ja und die Binnenfrage wird das ja auch schwächen, oder sehe ich das falsch?

Sebastian Dullien:

Klar, wir sehen das ja schon im vergangenen Jahr, einer der Gründe, warum die Wirtschaft geschrumpft ist, ist eben der sehr deutliche Rückgang beim deutschen Privatkonsum. Und da sehen wir zurzeit auch keine Trendwende. Also eigentlich

steigen jetzt langsam die Einkommen wieder stärker als die Inflation. Wir sehen also im kommenden Jahr eigentlich ein leichtes Plus, kaufkraftbereinigt, aber die Leute scheinen sehr verunsichert zu sein und geben eben nicht mehr aus. Heute sind gerade die Zahlen gekommen für die Einzelhandelsumsätze im vergangenen Jahr und die sind kaufkraftbereinigt, 3 Prozent oder so gefallen. Und natürlich diese Art der Politik belastet da ganz konkret die Kaufkraft und damit den Konsum.

Marco Herack:

Hast du eine Idee wie sich die Schuldenbremsen Diskussion auf die sogenannte Transformation auswirken wird also auf dem ersten Blick oder mit dem ersten Gefühl. Denkt man ja so naja das wird jetzt auch in Stocken geraten, weil da wird ja auch Geld fehlen am Ende.

Sebastian Dullien:

Es wird da ganz bestimmt Geld fehlen. Es sind ja auch schon ein paar Programme angekündigt worden, dass die auslaufen. Zum Beispiel bei den Wallboxen, bei privaten Häusern. Bei anderen Sachen ist es glaube ich noch nicht ganz klar, wie die Förderstruktur dann weiter aussieht. Also liegt ja auch noch nicht ein abschließender Bundeshaushalt vor. Und natürlich, also entweder die Subventionen waren vorher völlig sinnlos und die Leute hätten alle die Wallboxen an ihr Haus geklebt, auch wenn sie Subventionen nicht gegeben hätte, oder das Ganze verzögert sich.

Sebastian Dullien:

Nun ist es zum Teil glaube ich richtig, bestimmte Subventionen sich sehr genau anzugucken. Also Wallboxen für private Häuser. Wenn man die jetzt fördert, kann man sich schon überlegen, wer baut sich eigentlich sowas an sein Haus? Das sind im Zweifel erstens Leute, die ein Haus haben. Das sind schon nicht die Ärmsten und dann die, die wahrscheinlich auch das Geld haben, sich eine Photovoltaikanlage draufzusetzen und überlegen, E-Auto zu kaufen. Also da ist die Frage, ob das verteilungspolitisch richtig ist, dass die diese Subventionen kriegen. Aber wenn die nicht gezahlt werden, gibt es bestimmt eine ganze Menge, die dann sagen, ja, dann lass ich es vielleicht auch hier.

Und das muss man sich natürlich klarmachen. Ich mein ähnlich ist es mit dem, das ist ja auch durch die Medien gegangen, der Förderung der E-Autos. Es war eine Förderung versprochen und jetzt ist im Grunde über Nacht dann gesagt worden, ab dem und dem Stichtag, wenn das Auto bis dahin nicht zugelassen ist, dann gibt es die Förderung nicht mehr. Das schafft natürlich eine große Unsicherheit, weil beim E-Auto vielleicht ist das jetzt nicht ganz dramatisch, aber stell dir vor, du überlegst eine Wärmepumpe einzubauen und dein Nachbar hat gerade erlebt, dass bei der Zulassung seines E -Autos über Nacht das Auto bestellt, schon angezahlt, wenn er noch nicht geliefert, ist die Förderung weg.

Die Leute sind sich natürlich nicht sicher, ob das jetzt auch noch bei anderen Dingen passieren kann. Von daher würde ich schon sagen, dass diese Art der Politik und jetzt auch, dass diese Mittel im Klimatransformationsfonds fehlen, das wird ganz sicher die Transformation ausbremsen oder bremsen. Ob es ausbremsen wird am Ende, das wird sich noch zeigen.

Marco Herack:

Und du hast vorhin im Eingang auch schon gesagt, eins der Probleme und ich glaube, da haben wir in einer Folge auch mal ausführlicher geredet, drüber im letzten Jahr, ist ja das Thema Wohnungsbau gewesen. Der sich dann wiederum auch auf das BIP niedergeschlagen hat. Das ist natürlich Wohnraum, also Häuser wie auch Wohnungen. Da kann es ja jetzt auch nicht besser aussehen. Zinsen bleiben wahrscheinlich erst mal ein Weilchen auf dem Niveau, wo sie sind, ehe sie wieder zu fallen beginnen. Zumindest wird uns das immer vermittelt. Das heißt, die Bautätigkeit wird ja dann in dem Sinne jetzt auch nicht plötzlich im Februar anfangen, okay, los geht's, sondern eher hinten raus.

Sebastian Dullien:

Also wir sehen auch eine schwache Baukreditstätigkeit für das kommende Jahr. Allerdings muss man sagen, was ein positives Zeichen ist, ist, dass die Hypothekenzinsen schon wieder gefallen sind. Man muss ja unterscheiden zwischen den Zinsen der Europäischen Zentralbank und dann den langfristigen Zinsen, an denen sich die Hypothekenzinsen orientieren. Dadurch, dass inzwischen schon so eine Erwartung ist, dass die Europäische Zentralbank irgendwann in den nächsten Monaten oder Jahren sich gezwungen sehen wird, die Zinsen wieder zu senken, sind die Hypothekenzinsen oder die Immobilienzinsen schon ein Stück wieder runter.

Also es macht schon auch was aus, die waren mal bei 4 Prozent für die 10-Jährigen und sind jetzt, glaube ich, bei ein bisschen mehr als 3,5 Prozent. Und das ist schon eine Entlastung, aber es wird nicht reichen, um dann eine Trendwende herbeizuführen. Wir haben jetzt sehr viel über die Finanzpolitik bei der Ampel geredet. Das ist natürlich der andere Bremsklotz, den die deutsche Wirtschaft oder die europäische Wirtschaft im Moment zu verkraften hat.

Das relativ hohe Zinsniveau, im Vergleich zu dem, was wir in den vergangenen Jahren hatten, weil die Europäische Zentralbank so aggressiv die Zinsen erhöht hat und jetzt zeigt sich mit dem Rücklauf der Inflation: Eigentlich, war das vielleicht so gar nicht notwendig. Denn was wir jetzt an Entspannung an der Inflationsfront sehen, das hat mit diesen Zinserhöhungen noch gar nichts zu tun oder ganz wenig nur zu tun. Die Zinserhöhungen brauchen, haben wir auch schon mal drüber gesprochen, normalerweise 1,5 Jahre, bis sie wirklich voll wirken und die letzten Zinserhöhungen sind gar nicht so lange her. Das heißt, die Wirkung davon kommt erst noch. Inflation fällt. Möglicherweise hätte man das auch mit etwas weniger Zinserhöhungen

erreichen können. Zumindest glauben wir das. Und da ist halt jetzt noch eine zusätzliche Bremse für die deutsche Wirtschaft dabei.

Marco Herack:

Gibt es denn irgendwas Positives? Alles, was wir jetzt so besprechen, hat ja tatsächlich so einen eher negativen Touch und gleichzeitig wissen wir, dass halt diese Schuldenbremse sehr viele Themen überlagert. Also wenn etwas positiv sein könnte, dann wäre es ja vielleicht, dass sich die Ampel, und das muss sie ja dann wahrscheinlich mit der CDU zusammen, sich dann durchringt die Schuldenbremse dann doch in irgendeiner Form zu reformieren und sei es nur, dass man an dem Fristen rumdoktert und sonst noch was, weil die CDU geführten Länder, also Bundesländer, haben ja auch dieses Problem mit den Schattenhaushalten, Nachtragsaushalten und was es da sonst noch alles gibt.

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, das stimmt. Von daher wundert mich das auch ein bisschen wie Teile der Union, wie triumphierend, die durch die Gegend laufen. Denn wenn die tatsächlich demnächst nochmal die Bundesregierung stellen, und das ist ja nicht ganz unwahrscheinlich, dann haben sie das gleiche Problem und sie können relativ wenig machen unter den Bedingungen dieser Schuldenbremse. Und eigentlich, wir haben ganz große Zukunftsaufgaben in diesem Land. Der Bund kann sich immer noch relativ günstig verschulden, also die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen sind bei etwas mehr als 2 Prozent. Wir haben den niedrigsten Schuldenstand aller G7-Länder mit sehr großem Abstand, also aller wichtigen Industrienationen. Wenn man das jetzt so durchzieht, wie das Verfassungsgericht und die Schuldenbremse vorschreiben, dann fällt unser Schuldenstand kontinuierlich, bald unter 60 Prozent, dann in Richtung 40 Prozent, und es gibt überhaupt keinen Grund dafür. Und gleichzeitig werden eben wichtige Weichenstellungen verschlafen, es wird die Transformation, die Dekarbonisierung aufgehalten. Und wir haben ja immer noch das große Problem der Lücke der Infrastruktur.

Unsere Straßen und Brücken, Schienen und Wasserwege sind auch nicht in einem besseren Zustand als vor zwei oder drei Jahren und auch dafür wäre es wirklich gut, Kredite aufzunehmen und ein bisschen mehr Geld auszugeben. Und wenn jetzt Friedrich Merz mit seiner Union an die Regierung kommt und der möchte vielleicht gerne Steuern senken, glaube das hat er mal angekündigt, dann hat er dafür ja auch keine Luft. Da fehlt es ja auch vorne und hinten. Und selbst wenn er sagen würde, die Steuersenkungen bringen uns Wirtschaftswachstum, könnte er sie auch nicht machen, denn die Schuldenbremse erlaubt das in der Form erstmal nicht, auch wenn sich das auszahlen würde wirtschaftlich.

Von daher ist das schon sehr merkwürdig und ich bin auch sehr gespannt, was da innerhalb der Union für eine Debatte entsteht. Bislang es gibt Einzelne, die sich da

sehr vernünftig positionieren aus meiner Sicht, also der Berliner Regierende Bürgermeister Kai Wegener oder der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident Henrik Wüst. Aber ich glaube es ist im Moment noch nicht ganz klar, ob daraus was Produktives, Konstruktives werden kann oder ob sich die in der Union durchsetzen, die jetzt auf Obstruktion setzen wollen und denen es am wichtigsten ist, dieser Regierung eins reinzudrücken, auch wenn das dann auf Kosten des Landes und sonst künftigen Wohlstands geht.

Marco Herack:

Das war jetzt irgendwie auch nichts Positives. Zumindest klingt es nicht so, als ob da etwas Positives entstehen wird. Aber ich lasse mich ja gerne positiv überraschen.

Sebastian Dullien:

Lassen Sie mal kurz auf zwei Dinge, die tatsächlich im Moment noch relativ positiv sind oder relativ positiv sind, hindeuten oder hinweisen. Das eine sind die Energiepreise und die Energieversorgung. Das sieht besser aus, als man es zeitweise befürchtet hatte. Also die Energiepreise sind ja ein ganzes Stück wieder gefallen und das entlastet natürlich die deutsche Wirtschaft. Das hilft jetzt auch, die Inflation zu senken. Ohne das sähe es auch deutlich schlechter aus. Also wir gehen für dieses Jahr wieder für eine Schrumpfung um 0,3 Prozent für die deutsche Wirtschaft aus. Wenn die Energiepreise höher werden, dann wären wir dieser Finanzpolitik und dieser Zinspolitik, dann sähe es einfach noch mal viel düsterer aus.

Und das zweite, was im Moment noch relativ positiv ist, ist, dass wir noch einen relativ stabilen Arbeitsmarkt haben. Wir haben schon einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit gesehen. Das hat aber zum Teil damit zu tun, dass wir ja ukrainische Geflüchtete jetzt in Deutschland haben, die auch im Arbeitsmarkt sind und als arbeitslos gezählt werden. Die Beschäftigung ist auf einen Rekordstand gestiegen. Das heißt, wir hatten da zuletzt noch wachsende Beschäftigung. Wir haben auch noch keine richtigen großen Beschäftigungsverluste und das auch positiv.

Sebastian Dullien:

Nur das sind natürlich beides Sachen, die relativ wackelig sind. Also wenn irgendwie der Konflikt im Gaserstreifen, in Israel, wenn der sich noch mal weiter zuspitzt und irgendwelche anderen Länder mit reinzieht, dann kann auch ganz schnell was bei den Ölpreisen passieren. Das haben wir in den letzten Tagen ja noch mal gesehen. Auch beim Arbeitsmarkt kann es schon sein, dass es irgendwo einen Kipppunkt gibt. Also in früheren Krisen haben wir auch gesehen, dass der Arbeitsmarkt oft lange sich ganz gut gehalten hat, dass aber irgendwann bei den Unternehmen die Wachstumserwartungen verschwunden sind.

Und wenn man dann davon ausgeht, dass es überhaupt nicht mehr besser wird, dann fängt man vielleicht doch an die Leute zu entlassen. Dann haben wir auch das Problem einer möglichen Abwärtsspirale, weil dann die Menschen vielleicht verängstigt sind, weniger Einkommen haben, weniger ausgeben und dann wieder andere Unternehmen davon betroffen sind. Das macht uns ein bisschen Sorge auch daran, dass wir jetzt schon das zweite Jahr in Folge mit so einer leichten Schrumpfung / Stagnation haben, dass, wie wir das Anfang der 2000er Jahre schon mal gesehen haben, sich bei Unternehmen und Haushalten so eine Stagnationserwartung breit macht. Dann sagt man ja Deutschland kann eh nicht mehr wachsen und wenn sie mehr wächst, brauche ich ja nicht mehr zu investieren. Dann schiebe ich auch lieber den Autokauf nochmal auf und wenn ich nicht weiß, ob ich in zwei Jahren noch einen Job habe, dann sollte ich jetzt auch einfach keine Wärmepumpe ins Haus bauen, weil das kostet nun einfach Geld. Und das ist halt so die Gefahr, die wir sehen und darum sollte aus unserer Sicht die Wirtschaftspolitik schnell umsteuern.

Marco Herack:

Beim Arbeitsmarkt haben wir jetzt eher über Arbeitslosigkeit geredet, aber in den Debatten dominiert da ja immer der Fachkräftemangel. Deswegen bin ich jetzt ein bisschen 'huch' Arbeitslosigkeit, so ein bisschen irritiert.

Sebastian Dullien:

Ja, wir haben natürlich im Moment eine Debatte des Fachkräftemangels, aber in der Statistik steigt halt die Zahl der Arbeitslosen. Muss man einfach so erkennen. Na ja, der Fachkräftemangel, das ist ja immer so ein bisschen relativ. Zum Teil geht es ja darum, dass dann Unternehmen sagen, wenn sie niemanden finden, der zu denen von ihnen gesetzten Bedingungen und der von ihnen festgelegten Bezahlung den Job machen möchte, dann ist das für die schon Fachkräftemangel. Es gibt dann natürlich ganz viele Fälle, wo es einfach dran liegt, dass die Arbeitsorganisation einfach Mist ist und die vorgeschlagene Bezahlung auch Mist ist. Wenn man daran was ändert, dann ändert sich vielleicht auch dieser wahrgenommenen Fachkräftemangel.

Dann sehen wir auch, dass die Zahl ja auf den Stellen zurzeit auch zurückgeht. Also das ist nicht mehr so, wie wir das zeitweise schon hatten, was schon darauf hindeutet, dass das nicht mehr ganz so ein relevantes Problem ist, wie wir schon mal hatten. Natürlich fehlen uns in bestimmten Bereichen Fachkräfte und auch in einigen der Transformationsberufe, oder die man dafür braucht. Und da muss man mit Aus- und Weiterbildung auch arbeiten oder auch gucken, kann man Menschen in qualifiziertere Jobs bringen, die zurzeit etwas machen, was nicht ihrem Potenzial entspricht. Da ist immer was dran zu tun, aber die Debatte vom Fachkräftemangel bedeutet nicht automatisch, dass wir nicht auch ein Problem oder eine Gefahr von steigender Arbeitslosigkeit haben.

Marco Herack:

Wenn wir es versuchen, in Gänze noch mit einem positiven Touch zu versehen, dann wird 2024 sicherlich ein Jahr gewisser Entscheidungen und ja, des Übergangs.

Sebastian Dullien:

Ach ja, ich meine jetzt haben wir noch gar nicht, haben wir nicht darüber gesprochen gehört auch hier vielleicht nicht hin, aber tatsächlich sehe ich für das Jahr zu nächst mehr Risiken als Chancen. Ganz ehrlich, weil die Regierung hat jetzt auf sich auf den Kurs geeinigt, der glaube ich nicht der richtige ist. Im Umgang mit der Schuldenbremse. Wir haben eine Opposition, die zu Teilen nicht besonders konstruktiv ist. Wenn wir dann jenseits unserer Grenzen gucken, haben wir in der Ukraine eine militärische Situation, die nicht schön ist, weil die Ukraine zunehmend unter Druck gerät. Wir haben in den USA eine Wahl anstehen, wo möglicherweise Donald Trump erneut gewählt wird. Also das ist alles irgendwie nicht schön und es fehlt mir so ein bisschen die Fantasie daraus jetzt eine tolle Chancengeschichte zu machen. Tut mir leid Marco, wenn ich das Jahr so etwas depressiv beginnen muss.

Marco Herack:

Ich habe ja immer noch die Hoffnung, dass das mit der Schuldenbremse jetzt auch erst mal so geregelt wurde beim Bundeshaushalt und dem Druck, der jetzt auf dieser Schuldenbremse lastet, weil jemand die Idee hatte, dass aus diesem Druck heraus vielleicht eine Einigungswille in Sachen Neugestaltung entsteht.

Sebastian Dullien:

Ich wünsche mir ganz doll für dieses Jahr, dass du da recht hast. Auch wenn ich etwas skeptischer bin.

Marco Herack:

Aber ich glaube, wir können festhalten, das wird so ein bisschen das alles überschattende Thema werden mit der Schuldenbremse, weil die halt zu einer weiteren Beschränkung der Mittel führt. In einer Situation, in der eigentlich mehr ausgegeben werden müsste und entsprechend heftig werden dann wahrscheinlich auch die Kämpfe darum werden, um jeden einzelnen Posten, der sich jetzt vielleicht auch noch zusätzlich im Jahr auf tun wird.

Sebastian Dullien:

Das mag sein. Ich habe aber eher den Eindruck, dass die Debatte in eine falsche Richtung gekippt ist mit der Schuldenbremse. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat man den Eindruck, Deutschland ist kurz vor der Staatspleite und der Staat sei sowieso aufgebläht und deswegen müsse jetzt ordentlich gekürzt werden. Das entspricht einfach auch jeder Faktengrundlage. Wenn man sich anguckt,

in Deutschland der Anteil der öffentlichen Beschäftigung und der Gesamtbeschäftigung ist gefallen über die letzten Jahre. Wir haben keine besonders großen Sozialausgaben zu historischen Erfahrungen, auch nicht relativ zu anderen OECD-Ländern. Aber das Narrativ ist ein total anderes. Ich hatte mir diese Zahlen letztens mal angeguckt und war selber überrascht. Ich hatte schon eigentlich erwartet, dass der Sozialstaat jetzt lang ein bisschen nicht massiv, aber doch ein bisschen gewachsen sein in den vergangenen Jahren, auch mit Mütterrente und Bürgergeld usw.

Wenn man sich aber die nackten Zahlen anguckt, sieht man das nirgendwo. Aber die Wahrnehmung ist ja eine total andere. Da wird dann gesagt, der Staat wirft doch sowieso mit beiden Händen das Geld überall zum Fenster raus. Da muss man jetzt mal ordentlich sparen. Erstens in den Verwaltungen, wo ich war und auch bei der Hochschule, bei der ich arbeite, also goldene Wasserhähne oder sowas in die Richtung, habe ich da selten gesehen. Tatsächlich habe ich in der Privatwirtschaft aus meiner Sicht wesentlich mehr Verschwendung an Geldern gesehen als beim Staat. Da klafft die Wahrnehmung ganz schön mit der Realität auseinander. Da ist mein rein subjektives Gefühl, dass das in der Debatte der letzten sechs Wochen eigentlich schlimmer geworden ist. Dass da auch einige Leute sich öffentlich wirklich äußern können und das akzeptiert wird, ohne dass man da auf Fakten blickt oder auch nur Fakten zur Kenntnis nehmen muss.

Marco Herack:

ist ja so ein Selbsthass. Also in Deutschland ist ja immer alles schlecht, habe ich so den Eindruck. Also selbst dann, wenn es gut läuft.

Sebastian Dullien:

Ich weiß nicht, ob das ein Selbsthass ist oder ob man sich abgrenzen möchte von den anderen, die dann für den Staatsektor arbeiten, weil man das gerade nicht tut. Ich verstehe es wirklich nicht. Es ist aber einfach eine sehr unschöne Dynamik in der Debatte.

Marco Herack:

Ja gut, würde ja heißen, dass sie nicht auf realen Fakten beruht und damit wäre das hochproblematisch.

Sebastian Dullien:

Genau, das ist ein Problem, was wir im Grunde auch bei der Wahl von Donald Trump oder bei dem Volksentscheid über den Brexit in Großbritannien gesehen haben, dass die Debatte eben nicht mehr rational abläuft, sondern eben jeder stellt seine gefühlten Fakten dar und kann dann frei behaupten, was er ja gerne unter sie möchte.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke für die Moderation Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, vielleicht auch welche Hebel man betätigen muss, damit das alles im Jahr 2024 vielleicht doch in eine bessere Richtung läuft, als wir sie jetzt gerade hier vermutet haben, dann könnt ihr uns auf X, dem ehemaligen Twitter antickern @boeckler_de ist da unser Handel oder ihr könnt uns eine E-Mail schreiben, systemrelevant@boeckler.de. Ansonsten freuen wir uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eure Wahl abonniert und falls ihr X, das ehemalige Twitter nutzt, könnt ihr Sebastian dort finden @SDullien, also Sebastian Dullien. Vielen Dank fürs Zuhören, euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.